

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 300 h einschließlich
Beirgerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Kassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Dieblich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenspreis: für die 8 Spalten
Kleinzeile oder deren Raum 75 h,
Reklamezeile 250 h.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Dieblich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Dieblich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 118

Samstag, den 15. Oktober 1921.

Postfach
Frankfurt (Main) Nr. 10114

15. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 482.

Beschluß.

Angrund der §§ 39 und 40 der Verfassung vom 15. Juli 1907 wird hiermit für den Umfang des Regierungsbezirks bestimmt, daß die Schenkzeit für Wahlberechtigte auf das ganze Jahr ausgedehnt wird und daß es hinsichtlich des Anfangs der Schenkzeit für Wahlberechtigte, Wählern und Wahlberechtigten bei den geschlossenen Bestimmungen verbleibt.
Wiesbaden, den 10. Oktober 1921.

Ramens des Bezirksauschusses.
Der Vorsitzende.
A. B. Baumeister.

Nr. 483.

Die Polizeiverwaltungen und die Ortspolizeibehörden des Kreises weisen sich darauf hin, daß der Herr Polizeipräsident zu Köln aufgrund der Verordnung vom 29. und 30. August 1921 mit Verfügung vom 4. Oktober 1921 die Zeitung „Kölnische Republik“ vom 5. Oktober ab auf 14 Tage verboten und ihre Beschlagnahme angeordnet hat.
Die Polizeireferatsbranten sind mit entsprechender Anweisung zu versehen.
Wiesbaden, den 12. Oktober 1921.

Der Landrat.

Nichtamtlicher Teil.

Vor der Entscheidung.

Der Reichskanzler zur oberschlesischen Frage.

Der Reichskanzler hat am 12. Oktober in der heutigen Sitzung des Reichskabinetts seine Erregung darüber ausgesprochen, daß der Völkerrundrat in Genf, soweit es sich um bisher nicht widersprochenen Nachrichten entzieht, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfahren habe, welche weder der durch die Abstimmung klar zutage getretenen Willensentscheidung der oberschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entsprechen würde. Treffe diese Nachricht zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so würden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geiste geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt werden. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung, sondern auch von dem gesamten deutschen Volke als eine Vergewaltigung und ein bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folgen sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilvolle Wunde geschlagen werden. Der Reichskanzler erklärte zusammenfassend: Falls die Entscheidung so fällt, wie es zu befürchten ist, ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen aufhebend beinträchtigen wird, unter denen die gegenwärtige Regierung die Reichsgeschäfte übernommen und geführt hat. Eine abschließende Erklärung wird das Kabinett erst dann treffen, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellte dies als die einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Stimmen aus Oberschlesien.

Der Reichskanzler hat am 12. Oktober in einem Telegramm der deutsch-demokratischen Partei Oberschlesiens an den Reichskanzler Bericht es zum Schluß: Wird der Sachverständigen-Vorschlag zur Tatsache, so fordern wir von der Reichsregierung in völliger Erkenntnis der für die abzutretenden Gebiete zu erwartenden Folgen die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der geplanten „rechts“ und verwesten Lösung. Wir können uns keine deutsche Regierung vorstellen, die diesen offenbaren Rechtsbruch anerkennen würde. Wenn der Völkerrundrat das Recht beugen sollte, dann muß er allein die Verantwortung für die Vernichtung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Werte Oberschlesiens tragen, die es einzig und allein Deutschland zu verdanken hat.

Die katholische Volkspartei „Zentrum“ Oberschlesiens richtete an den Reichskanzler folgendes Telegramm: Der Völkerrundrat soll eine weitgehende Teilung Oberschlesiens, sogar des Industriegebietes, unter Errichtung einer phantastischen wirtschaftl. Einheit ernsthaft erwägen. Die Durchführung dieses Planes, der die tatsächlichen Verhältnisse ganz außer Acht läßt, würde den Rhein-Oberschlesiens bedeuten und eine Quelle ständiger Bedrohung des europäischen Friedens sein. Wir erwarten eine abschließende Erklärung der Reichsregierung, daß ein solche Entscheidung unannehmbar wäre und den sofortigen Rücktritt des Kabinetts zur Folge hätte.

ten eine abschließende Erklärung der Reichsregierung, daß ein solche Entscheidung unannehmbar wäre und den sofortigen Rücktritt des Kabinetts zur Folge hätte.

Kattowitz. Die Deutschen der Stadt Kattowitz haben von dem Völkerrundrat und den führenden Staatsmännern der Alliierten telegraphisch die Befragung der Stadt Kattowitz bei Deutschland angefordert.

Der Reichskanzler hat am 12. Oktober. Die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens hat ein Telegramm an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin geschickt, in welchem auf die schweren Folgen einer Teilung Oberschlesiens für die Arbeiterklasse hingewiesen wird und in dem es zum Schluß heißt: Die in der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen deshalb an den Vorstand der Sozialdemokratischen Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Bemerkungen im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die sozialdemokratische Partei als Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.

Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages.

Berlin, 14. Oktober. Der Vorsitzende Herrgott der Reichstagesfraktion hat an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem hierauf erklart wird, den Reichstag sofort einzuberufen mit der Tagesordnung „Oberschlesien“.

Besprechung des Reichskanzlers mit Dr. Stresemann.

Berlin, 15. Oktober. Heute vormittag empfing der Reichskanzler Dr. Stresemann, um mit ihm nochmals nach der veränderten politischen Situation die Erweiterung der Koalition durch Hinzunahme der Deutschen Volkspartei zu besprechen. Auch zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Abgeordneten Spahn fand eine Besprechung statt. Wie der „Kassauer“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, tritt abends der Vizepräsident des Reichstages zusammen, um Beschlüsse zu fassen, wenn das Plenum zusammengetreten ist.

Halbamtliche Auslassung über die gegenwärtige Lage.

Berlin. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die politische Lage kann als noch nicht genügend geklärt bezeichnet werden. Die amtliche Mitteilung über die Entscheidung des Völkerrundrates liegt noch immer nicht vor. Auch die nachrichtlichen sind noch immer unsicher. Wir wissen noch nicht, welche oberschlesischen Bezirke an Polen fallen. Jedenfalls ist mit schwerwiegenden Verlusten zu rechnen. Die Tragweite dieses Verlustes muß man erkennen und eingehend geprüft werden. Die Regierung hat sich ihre Entscheidung in der Frage eines Rücktritts des Kabinetts noch vorbehalten. Sie wird diese Entscheidung nicht treffen, außer daß eine vollständige Klärung der Angelegenheit eingetreten ist, die einen Ausblick gestattet, in welcher Richtung eine Weiterführung der Politik zu erfolgen hat. Es wird dies Sache der politischen Parteien sein, die sich darüber schlüssig werden müssen. Für diese Stellung der Regierung war der Gedanke maßgebend, daß es im Zeitpunkt größter Gefahren nicht zu veranlassen sei, das Land ohne eine feste Regierung zu lassen. Die völkerrundrätliche Bedeutung des oberschlesischen Problems weist darauf hin, daß die weitere Weltpolitik nicht von der Reichspolitik, sondern vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus beurteilt werden muß. Die Geschichte der bisherigen Weltpolitik hat die großen Gefahren gezeigt, welche eine im höchsten Moment vollkommene Demission mit sich bringt. Das Kabinett, das demissioniert hat, hat seinen ausreichenden Einfluß nicht. Eine Aussprache über eine neue deutsche Politik wird von dem Entschluß der Genfer Entscheidung abhängen. Eine Zusammenkunft aller politischen Kräfte wird notwendig sein, um das Ansehen aus diesen schweren Tagen der Not herauszuführen.

London, 13. Oktober. Ämtlich wird erklärt: Der deutsche Botschafter Lord Curzon dahin orientiert, daß eine unangenehme Entscheidung der oberschlesischen Frage (sicherlich am Sturz der Regierung) nicht führen werde. Eine Änderung der Verhältnisse sei aber für den Augenblick unmöglich. Dadurch würden neue Reichswahlen notwendig, aus denen voraussichtlich eine starke monarchistische Mehrheit hervorgehen werde. Lord Curzon soll erklärt haben, England sei verpflichtet, den Beschluß des Völkerrundrates anzuerkennen. Es könne sich weder einmischen noch einen Rat erteilen, bevor das Urteil des Völkerrundrates in seinem Wortlaut vorliegt. Lord Curzon rät der deutschen Regierung, nicht übereilt zu handeln.

Preussischer Landtag.

Rundgebung für Oberschlesien.

Berlin, 13. Oktober. Das Haus ist sehr gut besucht. Die Abgeordneten befinden sich in lebhafter Unterhaltung über die politische Lage. Auch die Tribünen sind gut besucht. Am Regierungstisch befindet sich auch Ministerpräsident Siegel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Präsident namens der Parteien mit Ausnahme der U. S. P. und der Kommunisten eine Erklärung zu der oberschlesischen Frage, in der er sagt, daß der Völkerrundrat die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens der oberschlesischen Bevölkerung selbst überlassen hat. Diese habe mit großer Mehrheit sich dahin entschieden, daß das Land beim deutschen Volke verbleiben soll. Polen könne keinerlei Rechtsansprüche an Oberschlesien geltend machen. Trotzdem solle ein erheblicher Teil des oberschlesischen Industriegebietes an Polen übergehen, obgleich die Industrie, der Handel und das Gewerbe einzig und allein deutsche Arbeit sei und auch die Arbeit der deutschen Gewerkschaften. (Widerpruch und Unruhe auf der äußersten Linken.) Alle Sachverständigen des In- und Auslandes hätten sich für die Integrität des oberschlesischen Industriegebietes ausgesprochen, als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Wohlbefindens. Die Zerrüttung des Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde ein Verfall sein, der gegen den Willen der gesamten oberschlesischen Bevölkerung vorgenommen würde, der aber auch dem Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes Hohn spreche. Der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber befände der preussische Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des oberschlesischen Volkes mit der deutschen Bevölkerung und er drücke das Gefühl aus, unüberwindlicher Trenne zum oberschlesischen Volke hiermit aus. (Langanhaltender Beifall bei der großen Mehrheit des Hauses, fortgesetztes Rufen auf der äußersten Linken.) Wir müssen gegen die Anstiftung der vorbereiteten Lösung der oberschlesischen Frage protestieren. Der preussische Landtag erhebt feierlich Einspruch gegen eine solche durch keinerlei Recht begründete Vergewaltigung der oberschlesischen Bevölkerung und er weiß sich in diesem Proteste einzig mit der erdrückenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes. (Langanhaltender Beifall bei der großen Mehrheit des Hauses, fortgesetztes Rufen und große Unruhe auf der äußersten Linken.) Den tiefen Eindruck, den die dem Präsidenten überreichte Erklärung auf das Haus machte, vernehmen die Versammlung nicht abzuwenden. Nur unsa lärmender waren die Beifallskundgebungen der großen Mehrheit.

Nachdem noch Abg. Leid (U. S.) und Dr. Meyer (Kau.) sich in kurzen, von lebhaften Schreien unterbrochenen Bemerkungen gegen den Inhalt der Erklärung gewandt hatten, trat das Haus in die Tagesordnung ein. Letzte die Besprechung über Betennungs- und Weltausstellungsschule fort und vertagte sich dann auf Freitag.

Tages-Rundschau.

Gegen die Preistreiber auf dem Kartoffelmarkt.

Sämtliche Mitglieder der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages haben unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden, Dr. Forst, im Preussischen eine große Anfrage eingebracht, die sich mit der beispiellosen Preistreiber auf dem Kartoffelmarkt befaßt. Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

„Was bedeutet die Staatsregierung zu tun, um der beispiellosen Preistreiber auf dem Kartoffelmarkt wirksam entgegenzutreten? Was will die Staatsregierung unternehmen, um die konsumierende Bevölkerung ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen? Kann die Staatsregierung Auskunft geben über die Anwendung des Reichswirtschaftsgesetzes vom 24. Dezember im Freistaate Preußen?“

Einführung besonderer Kartoffel-Transporttage.

Berlin, 14. Oktober. Wie die Telegrammen-Büro erklärt, haben zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und des Handels Verhandlungen stattgefunden, um gemeinsam die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch den Wagenmangel auf den preussischen Kartoffelmärkten entstanden sind. Es wurde vorgeschlagen, wöchentlich ein bis zwei besondere Kartoffeltransporttage aus den Abfuhrgebieten einzuführen, um eine sofortige Versorgung mit Kartoffeln sicher zu stellen.

Kleine Mitteilungen.

Köln. Nach der „Kölnischen Volks“, dem englischen Flottenblatt, ist durch die Rheinabfertigung ein Betrag von ungefähr 1,5 Millionen Mark erzielt worden, der der Wiedergutmachung ausgeschrieben werden soll.

Berlin. Nach Mitteilung der Oberpolizeidirektion befindet sich die „Deutsche Zeitung“, wie diese mitteilt, von den Besatzungsbehörden für die Wiederschleppung in Düsseldorf und Duisburg auf die Dauer von 3 Monaten verboten worden.

Berlin, 12. Oktober. Aus Paris wird gemeldet: Die Konferenz, die sich mit der Berringerung der Befehlsgelassen beschäftigt, wird am 17. Oktober in Brüssel zusammenkommen. An der Konferenz werden auch die Vereinigten Staaten vertreten sein. Es heißt, daß deren Vertreter einen Antrag auf Verminderung der Befehlsgelassen stellen wird.

Paris. Von der serbischen Gesellschaft in Paris wird das Gerücht von der Beabsichtigung Alexanders von Serbien zu Gungl seines Bruders Georg in aller Form demontiert.

Wilson blamiert sich weiter. Ex-Präsident Wilson hält in Amerika große Reden gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland als Verrat an den Millionen von Verfallenen und verlangt den sofortigen Rücktritt des Verräters.

Washington, 13. Oktober. Die Parteiführer im Senat nehmen an, daß der Friedensvertrag mit Deutschland noch vor Ablauf dieser Woche ratifiziert werden wird. — Senator Welo aus Montana sprach sich gegen den Vertrag aus, den er als unbrauchbar und verwerflich bezeichnet.

Eine amtliche Mitteilung des Völkerrundrates über Oberschlesien.

Genf, 13. Oktober. (Sonderdepesche.) Das Völkerrundratsamt hat gestern abend folgende amtliche Mitteilung heraus, in der die für die Lösung der oberschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, allerdings ohne daß über die Lösung selbst Mitteilung gemacht wird: Der Völkerrundrat hat seine Arbeiten über die Festlegung der Grenze in Oberschlesien beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, dem amtierenden Präsidenten des Obersten Rates, die Antwort des Völkerrundrates auf die Einladung überbringen, die er am 13. August an den Rat richtete mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des oberschlesischen Problems Beistand zu leisten. Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Völkerrundrat sowohl die in der Abstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung als auch die geographische Lage des Landes in Betracht ziehen.

Die erste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland stimmten, hatten, und die Bewohner, die für Polen ihre Stimme abgaben, eng miteinander verknüpft waren, und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in den dichten Bevölkerungsgebieten stets sehr beträchtlich ist, und zwar sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter geographischen Gesichtspunkten. Eine Grenze ist unentbehrlich, welche die für Deutschland stimmten haben, Polen zugewiesen hat, jedoch dem Rat kein anderer Vorschlag geboten sei, als diesen Fehler dadurch zu vermindern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsergebnisse anpasse. Eine derartige Grenze hätte jedoch Gebiete geschnitten, die industriell eng von einander abhängig sind. Die Aufstellung einer neuen Grenze in diesem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten und in denselben Bedingungen entwickelt hatte, müßte auf beiden Seiten der Grenze die verhängnisvollen Folgen haben: das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Grenze die Errichtung einer neuen Zollbarriere, die Auflösung der öffentlichen Betriebe wie der Bergwerke, den Umlauf deutschen Geldes, das Anfortreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Geseßgebung mit sich gebracht hätte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten können unmöglich nur durch leichte Veränderung einer einzelnen aufgrund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder anderen Nationalität ein zweifaches wenn auch nicht überlegendes Übergewicht gesichert hätte. Selbst wenn man nur diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht aufgrund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze aus engem miteinander verknüpfte wirtschaftliche Gruppen zerschneiden. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber: Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerschneide, würde die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichten haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermöglicht. Das waren die dem Problem innerwohnenden Schwierigkeiten. Lang währten Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach dem Friedensschluß hinzogen und eine große Bevölkerung in angsterfüllter Ungewissheit über ihr politisches Schicksal ließen, hatten diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt. Zur Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Staatsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Chinas und Spaniens. Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß die Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem man einfach eine Grenzlinie aufstellte, entweder ausschließlich aufgrund der Volksabstimmung oder aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen, oder infolge eines Ausgleichs zwischen beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach diesen Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollsten Entscheidungen gelangt. Infolgedessen beschloß der Völkerrat nach gründlichem Studium eine neue Grenze zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Verletzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müßte, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen.

Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute wurden damit beauftragt, die gleichfalls notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Verträge gehörten den technischen Organisationen des Völkerrundrates an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, von denen sie ernannt wurden. Sie wurden von den Völkerratsmitgliedern aufgeführt, die allgemeinen Maßnahmen zu unterlegen, welche die

Ein köstlichen Beitrag zur Luxussteuer erzählt das „Bühnender Tagelohn“. Sollte da in Vöngersdorf eine Arbeiterfrau eine alte Bibel zum Verkauf ausgeschrieben. Weil das Buch aber sehr schodda war, fand sich kein Käufer und die Frau trug es zum Altpapierhändler, der für das 10 Pf. schweres Buch 90 Pf. Naturalwert zahlte. Da nun aber die Steuerämter die Zeitungen auf zum Verkauf ausgeschriebene Luxusgegenstände und Altitertium prüfen, blieb es nicht aus, daß die Frau eine Aufforderung vom hiesigen Finanzamt erhielt. Die ehemalige Besitzerin der Bibel schrieb nun an das Finanzamt, daß sie das „Altitertium“ für 90 Pf. an eine Altpapierhandlung verkauft habe, nichts desto weniger erhielt sie neue Aufforderung vom Finanzamt, sie solle zu einer bestimmten Zeit vor das Finanzamt kommen, um wegen Veräußerung eines Altitertiums vernommen zu werden. Also soll eine Frau, die ihre volle Einnahme aus dem Verkauf von Briefporto, Briefbogen und Ähnlichem eingeht, auch noch keures Hohngeld und teure Zeit opfern. Vielleicht folgt auch noch ein hochnotpeinliche Unterredung darüber, also erneuter Arbeit und erneute Ausgaben für das Finanzamt — und das alles, damit das Reich zu 13,5 Pf. Luxussteuer kommt.

Zu der Verhaftung von 31 deutschen Offizieren in Krefeld durch die belgische Sicherheitspolizei berichtet die „Welt“, S. 7. Um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, war die Krefelder Polizeibehörde von der kameradhaften Zusammenkunft vorher verständigt worden. Sie hatte jedoch gegen die Einberufung keine Bedenken und erteilte im Hinblick darauf, daß es sich nur um eine kameradhaftige Zusammenkunft handelte, ohne weiteres die Erlaubnis. Die belgischen Behörden erfuhren von der Zusammenkunft durch eine Einladung, die bei der Hausdurchsuchung bei einem Vereinsangehörigen in Duisburg gefunden wurde. Diese Einladung ist an zahlreiche Angehörige des Regiments in Rheinland und Westfalen verfaßt worden und enthält genaue Angaben. Irrendweise politische Momente kamen jedoch nicht in Frage. Bei den Verhafteten sind Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, die ergebnislos verliefen.

23. Berlin, 12. Oktober. Zuständigere wird mitgeteilt: Die durch die Zeitungen am vergangenen Freitag verbreitete Nachricht von dem Auftreten der Cholera in Königsberg bestätigten sich, doch ist kein Grund zur Beunruhigung vorhanden. Seitens der Königsberger Gesundheitsbehörden sind sofort alle zweckdienlichen Maßnahmen getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern. Bisher wurden weitere Erkrankungen nicht gemeldet. Es besteht die Hoffnung, daß der kleine Seuchenausbruch auf die beiden Erkrankten beschränkt bleibt.

Die Mißstände in den Berliner Wohnungsämtern wurden erneut durch einen Fall illustriert, der die Strafkammer des ersten Landgerichts beschäftigte. Wegen Unterschlagung in zwei Fällen war der Beamte eines Wohnungsamtes, der Kaufmann Fritz Kieselbach, angeklagt. Der Kaufmann Kieselbach hatte eine bisher von der Gräfin Wartensleben bewohnte Villa käuflich erworben und wollte vom Wohnungsamt die Erlaubnis haben, die Villa zu bewohnen zu dürfen. Der Angeklagte machte sich unter verhandlungsunwilligen Augenblicken an Bernthel heran und erklärte ihm, er sei der Vertrauensmann des Direktors Raporte und könne alles machen, allerdings habe er sehr hohe Spesen, die ihm ersetzt werden müßten. Bernthel ließ sich jedoch auf nichts ein. Auch in dem zweiten Fall der Anklage blieb es bei einer an sich schon strafbaren Forderung von 20 Reichsmark. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß der Direktor des Wohnungsamtes, Raporte, von dem Sachverhalt Kenntnis gehabt, aber nichts gegen den Angeklagten unternommen, ihn vielmehr in der Vertrauensstellung als Prüfer belassen hat. Direktor Raporte betonte als Zeuge, daß es ihm gar nicht möglich gewesen sei, den Angeklagten zu entlassen, da jede Entlassung erst die Zustimmung des Reichsrates bedürfte. Es seien schon öfters Fälle vorgekommen, wo Angeklagte, denen Beschlüsse nachgewiesen worden seien, nicht entlassen werden konnten, weil der Reichsrat die Zustimmung verweigerte. Der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Wer gibt die Trinkgelder? Es gibt, so wird in einer Blaudrücke in der „Welt“, S. 7, ausgeführt, drei Arten von Idealisten in einer Großstadt, einmal die, die Trinkgelder mit guten Vorstellungen und billigen Freigebungen gründen wollen, zweitens die, die jedem Bettler an der Straßenecke einen fünfzigpfennigigen Schein (den heutigen Nickelgroßen) geben, und drittens die, die das Trinkgeld abschaffen wollen. Während aber die beiden ersten Gruppen sichtbar von der Vorkehrung gestraft werden, indem sie schon nach kurzer Zeit wieder kommen, gestaltet eine glückliche Weltordnung dem Treiben der letzten einen gewissen Spielraum. Es geht dem Trinkgeld, wie es den materialistischen Bedauern des Sittengesetzes im achtzehnten Jahrhundert erging; jeder Kampf dagegen bewies nur die unausrottbare innere Notwendigkeit dieses Sittengesetzes. Und so ist es mit dem Trinkgeld, diesem Sittengesetz der Wirtschaft. Man hat schon Dutzende von Abhandlungen dagegen geschrieben, man hat es vom philosophischen, vom juristischen, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beleuchtet und seine Verwerflichkeit dargelegt. Danach ist der Verfasser der Abhandlung ins Wirtshaus gegangen, hat seinen Schoppen Bier getrunken und dem Wirt sein Trinkgeld zugesprochen. Der Kampf gegen das Trinkgeld ist ein alter volkswirtschaftlicher Nadelstich, der seinen politischen Wert hat; darum wird er nicht so leicht aus der Hand gegeben. Er lautet jetzt natürlich auch wieder auf in dem großen Streit der Wirtschaftswissenschaften in Berlin, der in diesen ersten Oktobertagen wieder einmal zu grotesken Zuständen in der Reichshauptstadt führte. Die Reisenden kamen an und fanden geschlossene Bahnhofswirtschaften an und fanden geschlossene Wirtshäuser, die und Hotels. Die großen Wirtshäuser, die und Wirtshäuser waren geschlossen. Offen waren nur die Konditoreien und kleine Wirtshäuser, in denen der Wirt bediente, und die man kennen mußte. Die Reichshauptstadt hatte vor — wie schmeichelt für die Fremdenstadt Berlin —, Rotterpfelegensstätten zu errichten, falls man nur genügenden politischen Schutz erhalten könnte. Der ganze Streitpunkt war, daß die Kellner und Angestellten einen viel höheren Lohn von ihren Arbeitgebern verlangen, als die zugewandten wollten. Letztere erklärten, sie müßten dann die Erhöhungen in die Preise der Wirtschaften hineinrechnen, was das Publikum schwer belasten würde. Das ließe Publikum beide Teile sind so befragt für es. Die Kellner, von einer hohen stillen Marke aus, erklärten, sie brauchten die Erhöhung, um auf das Trinkgeld verzichten zu können, was angeblich ihr heißer Wunsch, ihre ganze Sehnsucht ist. Die Arbeitgeber erklärten, die Kellner nähmen doch Trinkgelder, wie sie den Augenblick lehren, und wenn man ihnen noch so viel Erhöhung gebe. Die Wahrheit ist, daß beide Teile, nachdem sie sich ausgelebt haben, Frieden schließen werden, und zwar auf Kosten des Publikums. Das ist der ewige Ausgang aller Wirtschaftskriege. Sobald die Wirtschaft wieder geöffnet sein werden, findet das Publikum irgendwo die Kosten der Wirtschaft, die ihm aufgebürdet werden, als Bedienungszuschlag, als Teuerungszuschlag und wie es nun sonst heißt. Es wird sie geduldig zahlen und das Trinkgeld außerdem noch. Denn für einen so großen Teil des Großstadtpublikums ist es unausrottbar eine psychologische Notwendigkeit, ein Trinkgeld zu geben, und sie werden davon nicht abgehen. Viele, besonders aus den neuen Schichtkreisen, geben es aus Proterei; sie wollen damit den Herrenhaushalt herausfahren. Die Wirtshäuser im Wirtshaus Punkt herausfahren. Sie sind so glücklich, daß sie alle Welt glücklich machen wollen, und außerdem, sie alle Welt glücklich machen wollen. Die Dame, die ein Liebhaber muß freigeben. Die Dame, die allein in der Konditorei geht, gibt gern dem Herrn oder ein Trinkgeld, sie weiß warum. Der alte Stammgast, der seine Zeitungen zusammen haben will, unterschläft mangelnde Beendigung gern durch ein Trinkgeld. Also, meine Herren, was die Komödie des Trinkgeldes ist nicht abzuschaffen und wird nie abgeschafft werden; offenbar braucht man aber Leute, die an seine Abschaffung glauben.

Kerinder um 56 000 Mark betrogen. Nach einer Mitteilung der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“ hat das Dienstpersonal der deutschen Fähre, die den letzten Ferien-Transport von Trelleborg nach Söndersborg brachte, eine niederträchtige Betrugsspekulation verübt. Das Personal erbot sich, nach der schwedischen Währung, den Kindern das Geld, das sie in schwedischen Kronen von ihren Pflegeeltern erhalten hatten, in deutsches umzuwechseln. Und als die gutgläubigen Kinder dankbar darauf eingingen, zahlten die Leute ihnen deutsches Geld zu einem Kurs, daß das Personal bei jeder der umgewandelten Krone mehr als 5 Mark Gewinn erzielte. Jedes Kind hat nach Annahme der schwedischen Zeitung mindestens 20 Kronen bei sich gehabt. Die 500 Kinder des Transports sind also um mindestens 56 000 Mark betrogen worden. — Das Personal untersteht der Reichseisenbahnverwaltung; es ist dringend erwünscht, daß sie die Angelegenheit unterucht und das Ergebnis dieser Untersuchung recht bald bekannt gibt.

Seeräuber eines russischen Kanonenboots. Das russische Kanonenboot „Batavia“, welches die Flagge der Regierung von Vladimirost geführt hatte, hielt am letzten Freitag den englischen Dampfer „Glasgow“ bei Muroran an und forderte von ihm die Auslieferung von 700 Tonnen Lebensmitteln. Der britische Dampfer ließ in den Hafen. Die „Batavia“ eröffnete das Feuer auf den englischen Dampfer, wurde dann aber von zwei Kanonenbooten verjagt.

Ein mißglücktes Wagnis. In Long Beach, einer der bekanntesten amerikanischen Badeorte, wurde eine besonders wohlhabende Dame namens Madeline Davis getötet. Sie versuchte, von einem in voller Schnelligkeit fahrenden Automobil auf ein Flugzeug zu steigen, das dicht darüber flog. Von dem Flugzeug hing eine Strickleiter herab, die Frau Davis war ergötzt, doch reichte ihre Körperkraft nicht aus, sich festzuhalten und sie wurde mit dem Kopf auf die Straße geschleudert, wo sie einen Schädelbruch erlitt und starb. Das Wagnis sollte selbstverständlich im Auftrag einer kinematographischen Gesellschaft ausgeführt und gesichert werden.

Buntes Allerlei. 23. Coblenz. Bei einem Einbruchdiebstahl bei einem Einwohner in Binningen stahlen die Dieben — laut „Coblenzer Zeitung“ — bares Geld und Schmuckstücke im Werte von etwa fünfzigtausend Mark in die Hände, darunter zwei tausend Mark (Friedenswert) an 10- und 20-Markstücken (hierzu 35 Kaiser Friedrich-20-Markstücke).

Ein seltsames Tuberkel. Auf ein ganz besonderes Jubiläum kann Frau Johanna Hönen, Franzstr. 38, in Bonn, zurückblicken. Am 10. Oktober hat die tapfere Frau ihr 25. Kind geboren. Fünfzehn Kinder sind noch am Leben. Jedenfalls dürfte die Mutter bei den heftigen Schmerzen Zeiten der allgemeinen Teilnahme der Frauenwelt sicher sein.

Landwirtschaft. Die Oberflächen der pfälzischen Gemeinden haben, Witterungsbedingungen zufolge, Proteste gegen den Verfall der von der Regierung der Pfalz auf Verlangen der Sozialisten veranlassete Entfernung der Wälder aus der monarchistischen Zeit.

Zwei Brüder. In Stambach band sich ein 10jähriger Knabe beim Bückstein des Halbes eines Kindes um den Leib. Das Kind scheute aus unbekannter Ursache und schloß den behaarten Knaben über 200 Meter weit über den Bahndamm. Wahrscheinlich wurde dem Jungen an den Schienen der Schadel zertrümmert, jedoch er ist tot.

Trier. Ein guter Gang wurde in dieser Woche an der Saarlandgrenze bei Jers gemacht. Die dort stationierten Grenzpolizei hielten ein Auto an, das mit Schmuggelwaren beladen war. Es handelt sich um Kaffeebohnen von bedeutendem Wert, die aus Solingen stammten und nach dem Saarland verschoben werden sollten. Die Waren wurden beschlagnahmt.

Stuttgart. In Stigmaringen und Reutlingen wurde eine Falschmünzerei festgestellt, die auf dem Wege des Buchdruckverfahrens und des Steindruckverfahrens falsche Fünfzigmark-Scheine in ganz Süddeutschland besonders aber in Württemberg betrieb. Bisher konnten mehr als 2000 der Falschmünzen festgestellt werden.

Leipzig. Das Urteil im Hemberger-Hochverratsprozess wurde gesprochen. Die 13 Personen, die angeklagt waren den Versuch gemacht zu haben in Belgien im August die Republik zu errichten, wurden fast alle von dem Reichsgericht mit Festungshaft bestraft, am schwersten der Angeklagte Graf, der 5 Jahre 6 Monate Festungshaft erhielt. Der Angeklagte Tomas wurde freigesprochen.

Berlin. In dem Prozess um den Sohn des Prinzen Joachim erging beim Landgericht Potsdam eine einseitige Verfügung, nach der der kleine Prinz vom Prinzen Eitel Friedrich an die Mutter zu geben ist.

Breslau. Der frühere Landrat des mittelschlesischen Kreises Technik, jetziger Regierungsrat Dr. Wenzel, wurde im Verfolge des Strafverfahrens unter dem Verdacht, in Eigentumsvergehen eines früheren Angestellten des Landratsamtes verwickelt zu sein, verhaftet.

Berlin. Der beschäftigungslose Arbeiter Otto Kade verstellte sich in seiner Wohnung in der Heidenstraße durch Gas. Mit ihm ging seine Schwester, die er von der Arbeitsstelle rufen ließ und ihr 5 Monate altes Söhnchen auf die gleiche Weise in den Tod.

Anzeigenpreise in Moskau. Der Moskauer Sowjet hat nunmehr ein ständiges Blatt für Handel herausgegeben, in dem Privatunternehmer inserieren können. Für jede Anzeigenzeile sind 6000 Rubel an den Sowjet zu zahlen.

Wissenschaften. In der letzten Woche fand die Aufführung eines französischen Kindes statt, dessen Fleisch nach Untersuchung durch die Behörde verkauft wurde. Am Tage darauf erkrankten zahlreiche Personen, die von dem Fleisch gegessen hatten. Man nimmt an, daß eine Fleischvergiftung stattgefunden hat.

Horbem. Die Sozialisten erklärten, da sie an den Kirchweihfesten zur Vermögenssteuer herangezogen wurden, daß sie der Gemeindebeiträge ihre Güter zu den Gemeinderatsmitgliedern nicht mehr unentgeltlich zur Verfügung stellen würden.

Landwirtschaft. Die Zahl der Toten und Vermissten des Oppauer Unglücks hat nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverletzte in den Krankenhäusern gestorben sind. — An Spenden sind bisher über 60 Millionen aufgebracht worden.

Pirmasens. Der bei der Schuhfabrik Gebr. Treiner angestellte Kaufmann Hermann Kroggott aus Lemberg wurde verhaftet, weil er in den letzten 2 Jahren in dieser Fabrik Rohhäuten und Schuhreimen im Werte von über 100 000 Mark gestohlen hat. Der Schuhfabrikant Adam Kallner aus Lemberg und der Händler Jakob Kaufmann in Pirmasens wurden wegen des Kaufes der Waren, die sie mit hohem Gewinn wieder verkauft hatten, ebenfalls verhaftet.

Rein. Der Polizeiwachmann Josef Mucha machte sich spät abends an betrunkene Leute heran und kahl ihnen unter dem Vorwand, er wolle sie insorgen und nach Hause begleiten, ihre Geldtaschen. So erbeutete er 20 Mark, 200 Mark und 250 Mark. In einem anderen Falle blieb es beim Versuch. Das Schöffengericht legte 6 Monate Gefängnis fest.

Berlin. Der bekannte Ueberpartei-Politiker und Herausgeber der „Wochenchrift „Gewissen“, Dr. Edward Sattler, wurde in seiner Wohnung verhaftet. Sämtliche Briefe und Manuskripte wurden beschlagnahmt und das Büro geschlossen. Die Verhaftung erfolgte auf Grund des § 92 des Strafgesetzbuches wegen Landesverrats.

Berlin, 13. Oktober. Heute morgen fuhr am Bahnhof Jungfernheide bei Berlin ein Zug in eine Kolonne Streifenarbeiter. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, zwei andere schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

München, 13. Oktober. Zur Verbilligung der Kartoffeln für die minderbemittelte Bevölkerung sollen von Seiten Bayerns, wie die „Münchener Zeitung“ meldet, zunächst 2 mal 15 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Brüssel. Die wegen Verkaufs von falschen Pässen im vergangenen September als Spionin verhaftete deutsche Staatsangehörige Franziska Pfistern wurde zu 4 Jahren und 3 Monate Gefängnis verurteilt. Ihre Berufung wurde verworfen.

Millionenuntererschlagung. Der 35jährige Kaufmann Hugo Fischer aus Wien hat in Wien die Summe von einer Million österreichischer Kronen unterschlagen und ist dann geflüchtet. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 10 000 Kronen ausgesetzt und auf die Wiedererlangung des Geldes oder eines Teiles davon eine solche von 5 Prozent des wiederbeigebachten Betrages.

Neueste Nachrichten. Die oberösterreichische Frage.

England weigert sich, den Genfer Entschluß vor Kenntnisnahme anzuerkennen.

Paris, 14. Oktober. Der englische Botschafter in Paris hat gestern Mittag in Paris im Auftrag der englischen Regierung mitgeteilt, daß das Londoner Kabinett, bevor es die Lösung des Oberösterreichs ratifizieren könne, erst die Lösung kennen müsse, um beurteilen zu können, ob sie mit dem Vertrag über Einkommen und ob sie dem Vertrag entspreche, den die Pariser Konferenz dem Völkerbundrat erteilt habe. Eine Reiternote hat im Laufe des Donnerstag diese amtliche Stellung der Londoner Regierung bestätigt. Die französische englische Krise in der oberösterreichischen Frage ist also wieder alt geworden. Die Verhandlungen, die Wien gestern abend in den Wandelgängen der Kammer über die Möglichkeit einer Disziplin gelangt, wurden damit bestätigt. Die oberösterreichische Frage ist also noch nicht entschieden, und die ganze Disziplin hängt noch einmal von vorn an. Der Oberste Rat wird sich zweifellos noch einmal mit der Frage beschäftigen müssen, und es ist 10 gegen 1 zu wetten, wie die „Liberte“ heute abend feststellt, daß diese neue Entente-Konferenz tatsächlich die ganze Arbeit von vorn anfängt.

Die Reiternote, die den englischen Standpunkt näher auseinandersetzt, besagt: Die englische Regierung hat von der französischen Regierung die Anregung erhalten, die Lit und Weise festzustellen, in der der Beschluß des Völkerbundes über Oberösterreich zur Ausführung kommen soll. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß diese Lit und Weise nur dann zur Prüfung gezogen werden kann, wenn der Genfer Beschluß mit dem Vertrag über Einkommen und dem vom Völkerbund übertragenen Auftrag übereinstimmt. Die Auffassung der englischen Regierung geht dahin, erst den Inhalt der Empfehlung des Völkerbundesratens kennen zu lernen. In den amtlichen englischen Kreisen hält man es angelegentlich der schweren Verantwortung, die den Entente-Regierungen obliegt, für unumgänglich notwendig, sich zuerst darüber Rechenschaft abzulegen, ob der Völkerbundsrat in den Grenzen seines Auftrages geblieben ist. Wenn sich ein Fehler oder ein Mangel in irgendeinem wichtigen Punkte zeigen sollte, so müssen die Entente-Regierungen dagegen einschreiten. Sollte jedoch die Empfehlung des Völkerbundesratens in allen Punkten korrekt sein, so könnte man sich darauf beschränken, sie, so wie sie ist, zu übernehmen und durch die vorgeschriebenen Mittel und Wege zur Durchführung zu bringen. Abgesehen davon, wie es wolle, das Londoner Kabinett kann den Genfer Beschluß nie unberücksichtigt lassen.

Ein Aufruf der Interalliierten Kommission Oberösterreichs.

Oppeln, 14. Oktober. Die Interalliierte Kommission erläßt an die Bevölkerung Oberösterreichs folgenden Aufruf:

Verstärkte Meldungen geben der Presse Veranlassung zu Vermutungen, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören. Um eine völlig gerechte Bewertung des Ergebnisses der Abstimmung zu erzielen, haben die alliierten Mächte den Rat des Völkerbundes, dessen Unparteilichkeit unbestreitbar feststeht, eingeholt. Die Entscheidung muß von allen in Ruhe und Ordnung angenommen werden. Die Interalliierte Kommission wird jeder Herausforderung, woher sie auch kommen möge, rücksichtslos entgegenzutreten. Gegebenenfalls werden die schuldigen Zeitungen unterdrückt und ihre Druckereien geschlossen werden. Die Interalliierte Kommission ist entschlossen, jede Anordnung zu verhindern, die nicht eine öffentliche Kundgebung duldet, ganz gleich, welcher Art und welcher Absicht sie sind. Die Interalliierte Kommission gibt sich der Hoffnung hin, daß die Bevölkerung Oberösterreichs auch bei dem Schicksal, welcher ihr Schicksal entscheiden wird, es sich an gelegen sein lassen wird, dieselbe Besonnenheit zu betonen, wie am Tage der Abstimmung, und daß sie die Interalliierte Kommission in dem Augenblick, wo diese im Begriff steht, die ihr von den alliierten Mächten anvertraute Aufgabe zu beenden, davon entbinden wird, zur Gewalt Zuzug zu nehmen.

Drohende Unruhen in Oberösterreich.

Oppeln, 14. Oktober. Schwere Gefahren bedrohen die mühsam errungene innerpolitische Ruhe in Oberösterreich. Es besteht Grund genug zu der Befürchtung, daß im Augenblick der authentischen Bekanntgabe einer Zerrüttung Oberösterreichs die deutschsprachige Bevölkerung die bisher mühsam gewahrte Ruhe nicht länger wird bewahren können, namentlich die deutsche Arbeiterschaft. Man hat genug unter der polnischen Herrschaft der Mai- und

Junilage gelitten und will unter keinen Umständen unter polnische Souveränität kommen. Während die polnische Arbeiterschaft die Arbeitseinstellung haben bereits erklärt, daß sie die Waffen nicht mehr in der Hand haben und sie kaum zur Zurückhaltung zu beeinflussen vermögen.

Berlin, 14. Oktober. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ hat die Interalliierte Kommission in Oppeln Instruktionen für die Zeit der Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbundesratens erhalten. Jeder Versuch, dieser Entscheidung sowie ihrer Durchführung sich zu widersetzen, ist mit allen Mitteln sofort zu unterdrücken. Die Befehlstruppen sind in dauernder Alarmbereitschaft an zentral gelegenen Plätzen und halten Transportmittel in so reichen Mengen bereit, daß eine Verlegung über die Truppen an anderer Stelle sofort erfolgen kann. Die Grenzen sind hermetisch abzusperren. Über die Gebiete, in denen Unruhen vorkommen, ist sofort der Befehlstrupp zu verhängen. General Le Mond befindet sich seit gestern in Begleitung des englischen und des italienischen Kommandanten auf einer Besichtigungsfahrt durch das Abstimmungsgebiet.

Aus den Berliner Morgenblättern.

Berlin, 14. Oktober. Der „Vossische Zeitung“ meldet aus Wilhelmshaven: Das Schöffengericht verurteilte den Rebellanten Dr. Bräse von der „Sozialistischen Republik“ wegen Beleidigung des Marine-Offizierskorps zu ein tausend Mark Geldstrafe.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Hamburg: Bei einem Kaufmann in Einsbühl wurde ein Koffer beschlagnahmt, in dem sich Silbergerät im Werte von 100 000 Mark befand, das von einem amerikanischen Dampfer gestohlen war.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Halle fuhr gestern nachmittag ein Auto vor das Büro der Grube Altmannsdorf. Aus dem Wagen stiegen sechs schwer bewaffnete Männer. Sie drangen in das Hauptkontor ein und raubten aus dem Geldschrank Bargeld im Höhe von zweihunderttausend Mark. Die Räuber entkamen unerkannt.

Letzte Nachrichten.

23. London, 14. Oktober. Laut „Daily Telegraph“ ist Valfour gestern abend aus Genf in London eingetroffen. Die Einzelheiten der Vorfälle des Völkerbundes haben dem Blatte zufolge in hiesigen diplomatischen Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Gestern nachmittag sprach der deutsche Botschafter erneut bei Lord Curzon vor. Laut „Daily Telegraph“ habe Curzon bezüglich der Drohung, das Kabinett Wirth werde zurücktreten, neuerlich darauf hingewiesen, er könne keinen Grund dafür sehen, weshalb die deutsche Regierung einen solchen Schritt wegen einer Entscheidung tun wolle, für die der Völkerbund verantwortlich sei. Laut „Daily Telegraph“ komme man in Berlin zu der Ansicht, daß eine feierliche Erklärung an die Welt, worin zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die wesentlichen Bedingungen für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands durch den Verlust großer Teile des reichen oberösterreichischen Industriegebietes sehr verändert worden seien, vielleicht einem Austritt des Kabinetts vorzuziehen sei.

London, 14. Oktober. In einem Leitartikel schreibt „Daily Telegraph“, zweifellos seien noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden bezüglich der geeigneten Weise, in der die Vorschläge des Völkerbundes durchgeführt werden sollten. Dies würde Beratungen zwischen den Kabinetten notwendig machen. Es sei jedoch nicht zu hoffen, daß deshalb wieder eine Konferenz des Obersten Rates stattfinden müsse. Es müsse auch mit der unwiderstehlichen Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Weigerung, sich der vorgeschlagenen Regelung zu fügen, erfolgen könnte. „Daily Telegraph“ weist auf die Kritik der deutschen Presse hin, nicht nur an dem Obersten Rat, sondern auch an der deutschen Regierung. Unter Bezugnahme auf die Erklärung eines deutschen Blattes, daß Deutschland „niemals zustimmen würde“, schreibt „Daily Telegraph“, man werde schon sehen, Deutschland, nachdem es erklärte, es werde niemals zustimmen, habe bereits zahlreiche Dingen zugestimmt, die sogar noch unannehmer gewesen seien. „Daily Telegraph“ fährt fort, man würde bedauern, wenn das Kabinett Wirth zurücktreten sollte, insbesondere wenn darauf eine Kombination entweder von Revolutionären oder Kappisten zustande käme. Das sei jedoch Sache des deutschen Volkes. Die Zeit sei vorbei, wo man durch den „roten oder schwarzen Mann“ in Mitteleuropa geschreckt werden könnte. Deutschland werde seine Schulden zahlen und seine Kontrakte erfüllen müssen, wie auch immer die politische Zusammenlegung seiner herrschenden Gruppe sei. Die oberösterreichische Entscheidung des Völkerbundes müsse unterstützt und erzwungen werden. Es würde für den Einfluß und das Prestige des Völkerbundes verhängnisvoll sein, wenn in verschärfter Form eine Wiederholung des Wilna-Flores stattfinden sollte.

23. London, 14. Oktober. „Morning Post“ berichtet, daß der Botschafter des Völkerbundes des Völkerbundes zur Lösung der oberösterreichischen Frage gestern vormittag in London eingetroffen sei. Der Text müsse vor seiner Veröffentlichung dem Obersten Rat der Alliierten unterbreitet werden. In Anbetracht dessen, daß sich der Oberste Rat jedoch verpflichtet habe, den Vorschlag des Völkerbundes anzunehmen, werde die Veröffentlichung jedoch bald erfolgen. „Morning Post“ zufolge besteht Grund zu der Annahme, daß die nicht offizielle Version des Völkerbundsbeschlusses, wie sie die Blätter von ihren Berichterstattern in Genf erhalten haben, in der Hauptsache richtig ist. In britischen Kreisen ist man dem Blatte zufolge der Ansicht, daß die Entscheidung allgemein gebilligt werde, da sie der Gerechtigkeit gegenüber allen Parteien am nächsten und daß sogar die Deutschen schließlich einsehen werden, daß es am besten sei, sich der Entscheidung zu fügen.

23. London, 14. Oktober. Laut „Daily Mail“ finden augenblicklich wichtige Erörterungen zwischen dem britischen Foreign Office und der deutschen Regierung über die Form statt, in der die dieses Jahr fällige deutsche Reparationszahlung erfolgen soll.



Der teure Bohnenkaffee
gibt erst dann allen seinen
Extrakt reines her wenn man
Pfeiffer & Dillers Kaffee-Milch
dazu tut. Ein Versuch überzeugt

Gr Silberpaket M 3 - Originaldose M 3 60
in allen einschlägigen Geschäften.

Auf neuem Grund.

Roman von D. Elfer.

Ein Gefühl der Hast ließ beschleunigt ihn vor der Welt da stehen, die ihn umgeben war; an deren Glanz und Pracht er nicht ohne leise Ironie dachte. Die Welt würde seine Liebe nicht verstehen, sie würde seine Liebe, sein Glück vielleicht belächeln — oder was kümmerte ihn jetzt noch die Welt? Seine Welt lag in den sonstigen, braunen Augen Hedwigs.

In glücklichen Gedanken verjüngte, schritt er dem Hause zu, dessen Giebel durch das schon herbstlich dünne Blätterwerk sah. In den Fenstern des Hauses flammte die Morgenröte — die verräterische Sonne. Sie hatte so lange gelacht und gelacht, bis Frau von Holsten sich erhoben, gebendel vom dem Stuhl der Sonne, der in ihr Schlafzimmer fiel.

Sie war zum Fenster gegangen, um die Jaloufien niederzulassen. Ihr Blick schweifte über den tautrischen Garten und sie sah ihren Sohn und Hedwig stehen. Ein spätkühles Lächeln überflog ihr Gesicht.

Ich mußte es ja, murmelte sie. Aber dieses Wohl muß jetzt ein Ende nehmen.

Und heftig schlug sie das Fenster zu. Als man am Frühstückstisch zusammenkam, zeigte die Baronin allen und auch Hedwig ein freundliches Gesicht. Kein Wortchen kam über ihre Lippen, welches ihre Unruhe verraten hätte. Mit herzlichem Dank nahm sie von der Familie Abschied, aber ihren Sohn ließ sie nicht mehr von der Seite.

Nach dem Frühstück war der Wagen bereit — noch ein Händedruck — ein herzliches Lebenswohl! — ein bedeutungsvolles: Auf Wiedersehen! — Dann rollte der Wagen davon.

Die Liebenden hatten keine Gelegenheit mehr gefunden, noch ein vertrautes Wort miteinander zu wechseln.

Die Kiste, welche Hedwig auf ihrem gewohnten Platz am Fenster fand, war das letzte Zeichen seiner Liebe.

Der Strom der sonnenverglühenden Gäste in Harzburg hatte sich längst schon verlaufen und still und öde war es in den schattigen Promenaden und in den Gärten der Villen und Pensionen geworden. Nur wenige Nachzügler irrten noch auf den Wegen umher, dagegen hatte sich in den ersten Hotels eine kleine, vornehme Gesellschaft zusammengefunden, um in aller Stille die schönen Herbsttage in den Wäldern des Harzes zu genießen. Nordländer und Amerikaner bildeten den Hauptbestandteil dieser Gesellschaft. Sie kamen meistens aus dem Süden und nahmen hier gleichsam eine Übergangsstation, ehe sie nach ihrer kälteren Heimat reisten. Von Deutschen waren nur wenige Familien vorhanden, welche aus besonderen Gründen diese späte Sommerfrische genossen.

Als der Wagen der Baronin Holsten über die leere Promenade rollte, auf der schon die gelben und roten Blätter der einfallenden Plantanen niederfielen, fragte Hans: In welchem Hotel steigen wir ab?

Im Alken-Hotel, entgegnete die Baronin. Weshalb gerade in dem teuersten, Mama? Ich glaube, wir könnten eine billigere Pension bekommen.

Mag sein, aber ich habe mich mit Bekannten verabredet, im Alken-Hotel zusammenzutreffen.

Mit Bekannten? — Davon hast Du ja noch nichts gesagt? Wer sind sie?

Graf Wandersleben und Gräfin Baleska.

Aber, Mama — das ist mir durchaus nicht angenehm, mit diesen Leuten zusammenzutreffen rief Hans, indem ihm die Stimme des Mißbehagens in die Wangen schlug.

Weshalb? — Der Graf hat sich während Deiner Krankheit mehrere Male sehr teilnehmend nach Dir erkundigt. Außerdem sind wir dem Grafen Rücklicht schuldig.

Gerade deshalb möchte ich mit ihm nicht zusammenkommen. Wir befinden uns in seiner Schuld, und ehe diese nicht bezahlt ist —

Ich bitte Dich, sprich nicht so laut, der Kutscher könnte etwas hören. Eine andere Disposition zu treffen, ist jetzt auch unmöglich, ich habe die Zimmer bestellt — und da fahren wir auch schon in den Hof des Hotels ein.

Hans blieb nichts weiter übrig, als sich mühsam in sein Schicksal zu ergeben. Dem traurigen, überraschten Gesicht seiner Schwester sah er an, daß auch ihr von ihrer Mutter nichts mitgeteilt war.

Man stieg aus und begab sich über die Rampe des großen vornehmen Hotels in das Bestiöl, in dem einige junge Nordländer in ihren karierten Reiseanzügen umherliefen und Marianne unerschrocken anstarrten. Der Portier und einige Kellner empfingen die neuen Gäste.

Wollen gnädige Frau gleich auf Ihre Zimmer gehen?

Ja. Wir wollen uns umkleiden und dann ein kleines Dejeuner im Speiseaal nehmen.

Sehr wohl.

Der Graf Wandersleben im Hotel?

Dort eben kommt der Herr Graf.

Aus dem Speiseaal trat die große, robuste Gestalt des Grafen.

Ah, meine liebe Baronin — Sie schon hier? Ich erwartete Sie erst heute gegen Abend! — Aber um so besser. — Fräulein Marianne, Sie sehen prächtig aus! Und da ist ja auch unser Rekonvaleszent! Größt Gott, mein lieber Holsten! Noch ein bißchen bläß, aber sonst ganz gut — nochmal grüß Gott! Wahrhaftig, ich hatte geglaubt, Sie würden sich nicht ausheilen. Das war ein böser Sturz.

Er küßte den Damen die Hand und schüttelte sie Hans und sprach dazu weiter in seiner förmlichen

und breispurigen Weise, die sagen zu sollen schien: Seht, ich, der Graf Wandersleben, bestimme mich um den Ausfall darauf, ob andere Leute mir zuhören.

Seine Damen werden sich sehr freuen, Sie begrüßen zu können, fuhr er fort. Wir haben viel von Ihnen gesprochen — 's ist langweilig hier — und wenn's nicht um Alig wäre, sähe ich schon längst wieder auf Wandersleben; aber Alig soll noch etwas frische Waldluft atmen. Seien Sie froh, Fräulein Marianne, daß Sie das nicht nötig haben. — Na, wir dezentieren doch zusammen, Baronin? — Keiner, an unserem Tisch noch drei Gedecke.

Der Kellner flog davon.

Um 12 Uhr frühstückten wir gewöhnlich — noch eine halbe Stunde — da haben Sie noch gerade Zeit, sich ein wenig zu erfrischen. Also nicht wahr, um zwölf Uhr im Speiseaal?

Gewiß, Herr Graf, wir werden uns pünktlich einstellen. Was macht Gräfin Baleska und Komtesse Alig?

Danke, danke — werde sie sofort benachrichtigen, daß Sie angekommen sind. Ah, Sie fahren mit dem Lift hinauf; na, denn glückliche Reise und auf Wiedersehen.

Geräuschlos hob sich der Lift und brachte die kleine Gesellschaft in den dritten Stock, in dem ihre Zimmer lagen.

Während dieser Fahrt sprach niemand ein Wort. Die Baronin sah starr und starr da, Marianne verschluckt wie ein erschrockenes Hühnchen, und Hans groß und zornig. Es war, als würdte ihn jemand am Hals; er hätte kein ruhiges Wort hervorbringen können.

Als man auf dem Korridor des dritten Stockwerkes angekommen war, stieß Hans hervor: Weshalb hast Du mir das verschwiegen, Mama?

Weil ich fürchtete, Du würdest eine Dummheit begehen, entgegnete sie ruhig.

Und wenn ich jetzt die Dummheit begehe und sofort wieder absteige?

Ich kann Dich nicht hindern, erfuhr sie jedoch, uns nicht zu kompromittieren und den Grafen nicht zu verletzen. Es könnte das für Dich sehr unangenehme Folgen haben.

Ich fürchte diese Folgen nicht.

Katholisch wandte sich die Baronin ab. Da lagte Marianne die Hand auf des Bruders Arm.

Es ist ja nur für kurze Zeit, Hans.

Gut — Euch zulebte will ich diese Qual auf mich nehmen. Aber sehr liebenswürdig werde ich nicht sein.

So sei wenigstens artig, wie es sich für Dich schickt, sagte die Baronin. In einer halben Stunde kommst Du uns abholen.

Damit verschwand sie in ihrem Zimmer. Marianne folgte ihr, nachdem sie Hans noch einen bittenden Blick zugeworfen.

Dieser begab sich auf sein Zimmer, in dem schon sein Reisegepäck stand.

Erregt ging er auf und ab. Er künftige seiner Mutter ernstlich. Wenn nur der Graf dagewesen wäre es noch zu ertragen gewesen, der war doch ein ernster und gebiegender Mann, mit dem er sich über Landwirtschaft und sonstige ernste Dinge hätte unterhalten können. Aber nun diese schreckliche Gräfin Baleska — und gar Komtesse Alig, die ihm zu gebächte Braut.

Er dachte beständig auf. Seine Gedanken flogen zurück zu der lieblichen Hedwig und eine heiße Sehnsucht nach ihren schelmischen, treuen, braunen Augen beschlich sein Herz.

Zwei Augenlein braun — zwei Augenlein braun — die liegen mir im Sinn.

Der Gedanke an Hedwig beruhigte ihn aber auch und gab ihm seine gute Laune zurück.

Was machte es schließlich aus, ob er hier ein paar langweilige Tage mit jenen langweiligen Menschen verleben mußte. Die Zeit würde sich vorübergeben und dann eilte er zu seiner Braut, äugigen, lieblichen Hedwig zurück.

Also vorwärts, so trieb er sich lachend selbst an. Sinein in den Raum!

Er klopfte sich rasch um. Da klopfte es an seine Tür, der Kellner trat ein und meldete: Die Damen erwarten den Herrn Baron bereits.

Ich komme schon!

Rasch ergriff er Hut und Handschuhe und ging zu seiner Mutter hinüber.

Diese sah ihn mit einem leisen Lächeln an. Die leichte Blässe, welche sie von Deiner Krankheit zurückgelassen, sieht Dir sehr gut, sagte sie.

Nicht wahr? lachte er. Ich sehe ordentlich interessiert aus? Der reine Lord Byron!

Ich freue mich, daß Du Deine gute Laune wiedergefunden hast, entgegnete die Baronin. Bitte, gib mir Deinen Arm und laß uns hinuntergehen.

Im Speiseaal kam ihnen der Graf entgegen. Vor dem mit dem höchsten Konfort gedeckten Tisch mitten im Saal erhob sich die lange, düstere, schattenhafte Gestalt der Gräfin Baleska, neben ihr stand eine junge, schlank Dame, ganz in Weiß gekleidet, die blühenden, gelben Haare zu einer geschmeidigen modischen Frisur geordnet.

Da bringe ich Euch unsere Freunde, Baleska, sagte der Graf heiter. Ich hoffe, jetzt wird es etwas munterer hier werden. Was sagen Sie zu meiner Alig, Baronin? Hat sie sich in dem Jahre nicht etwas herausgemacht? Nur die Wangen wünschen ich mir etwas rötlich. . . na, das wird schon kommen.

Meine liebe Alig, Sie sehen prächtig aus, schmeichelte die Baronin.

Alig küßte ihr erötend die Hand, dann begrüßte sie Marianne und reichte Hans die Hand.

Ich glaube, sagte sie lächelnd, wir haben uns früher zumeilen etwas geganz, Herr von Holsten.

Ich verspreche, es soll nicht wieder vorkommen — so viel an mir liegt.

Unabhängig Komtesse . . .

Na, na, nur nicht so förmlich, lieber Holsten, lachte der Graf. Sagen Sie nur dreist Fräulein Alig — oder meinestwegen auch Alig — sind ja Nachbarn.

Hans verbeugte sich. Er vermochte nichts zu erwidern. Die Erscheinung der Komtesse hatte ihn überrascht.

(Fortsetzung folgt.)

Amliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M. Ausruf.

Nach Beschluß der städtischen Körperschaften soll auch in Hochheim a. M. eine Hilfsaktion für die durch die Explosionskatastrophe in Oppau schwer betroffene Bevölkerung in die Wege geleitet werden, deren Ergebnis für die Witwen und Waisen, sowie für diejenigen, die dauernd ihrer Gesundheit beraubt sind und zuletzt für die Familien, die Hab und Gut verloren haben, Verwendung finden soll.

Der Magistrat hat sich in seiner Sitzung am 7. ds. Mts. dahin ausgesprochen, eine Hausammlung zu veranstalten und wünscht, daß sich die gesamte Einwohnerschaft an diesem Liebeswerk recht rege beteiligen möge.

Die verehrlichen Vorstände der Vereine werden gebeten, bei ihren nächsten Zusammenkünften (Tanz ausgedessen) Sammlungen zu veranstalten und das Ergebnis dem Magistrat zur Weiterleitung abzuliefern.

Die Sammlung soll am kommenden Sonntag nachmittags stattfinden und sind zum Sammeln nur solche Personen befugt, welche im Besitze einer vom Magistrat ausgestellten Legitimation sind.

Hochheim a. M., den 10. Oktober 1921.

Der Magistrat. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Bezugnehmend auf den in voriger Nummer des Hochheimer Stadtsängers erschienenen Aufruf, betreffs der Hilfe für Oppau, werden die Damen, welche sich in den Dienst der guten Sache gestellt haben, nochmals gebeten, die Sammellisten und Ausweise am kommenden Sonntag vormittag 9 Uhr im Rathaus (Sitzungsaal) gefälligst in Empfang zu nehmen.

Hochheim a. M., 12. Oktober 1921.

Der Bürgermeister. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung im Stadtsänger vom heutigen Tage, um Zweifel zu beseitigen, darauf hinzuweisen, daß die erhöhten Nachschüsse schon für das Erntefahr 1921 in Betracht kommen.

Hochheim a. M., 13. Oktober 1921.

Der Magistrat. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß die Besitzer von Pferden, Fahrzeugen, — wie ein- und zweispännige Wagen, — Fahrrädern, Motorrädern und Kraftfahrzeugen, jede Veränderung, zwecks Eintragung in die Registerlisten vorzüglich im Rathaus, Zimmer 1, zu melden haben. Außerdem machen sich die Eigentümer nach den Bestimmungen der Versicherungsbehörde auch strafbar. Die Veränderung kann durch Kauf, Tausch, Verkauf oder Verenden bei Pferden hervorgerufen werden.

Hochheim a. M., 12. Oktober 1921.

Die Polizeiverwaltung. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung im Hochheimer Stadtsänger vom 8. 10. 21 der amlichen Fürsorgestelle des Landkreises Wiesbaden,

haben sich die Schwertkriegerbeihilfigen, d. h. 50% und mehr Dienstbeschädigung, sowie diejenigen Rentenempfängerinnen, Kriegswitwen, — keine Vollwaisen und Kriegseltern — die erwerbsunfähig sind infolge körperlicher oder geistiger Verletzungen nicht im Stande sind, dessen zu verdienen, was gesunde Frauen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen, ferner diejenigen, die nicht im Erwerbsleben stehen, d. h. die erwerbslos sind, wie folgt zur Entgegennahme der erforderlichen Beihilfigungen bei der hiesigen Fürsorgestelle im Rathaus, Zimmer 1, zu melden:

Montag, 17. Oktober, nachmittags alle in Frage kommenden Rentenempfängerinnen (Kriegswitwen),

Mittwoch, 19. Oktober, nachmittags alle Schwertkriegerbeihilfigen.

Bei den Kriegshinterbliebenen würde es sich empfehlen die tatsächliche Erwerbsunfähigkeit durch einen Arzt in Form eines kleinen Attestes nachzuweisen, es besteht hierfür jedoch kein Zwang.

Damit die Abwicklung des Geschäftsganges ordnungsmäßig vor sich gehen kann, wird auf andringende Einholung der Termine erachtet.

Hochheim a. M., 12. Oktober 1921.

Städtische Fürsorgestelle.

Der Magistrat. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Am Samstag, 15. Oktober, vormittags von 7—12 Uhr werden im Rathaus, Zimmer 4—5, folgende der Vorrat reicht in. Zwieback und Kacks ausgegeben.

Der Zwieback kostet a. Paket 1.70 M. Der Kacks kostet a. Paket 1.60 M. Zu gleicher Zeit gelangen Grüttenmehl zum Preise von a. Paket 1.00 M. zur Ausgab.

Da die Ware gut und außerordentlich billig ist empfiehlt es sich von dem Angebot regen Gebrauch zu machen.

Hochheim a. M., 13. Oktober 1921.

Der Magistrat. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Wer zum Zwecke geistige Getränke verkaufen will, hat dies im Rathaus während der Vormittagsstunden auf Zimmer 8 anzuzeigen.

Als Verkäufer von Wein werden nur solche Personen zugelassen, die eigenen selbstgezeugenen Wein vorzulegen.

Hochheim a. M., den 11. Oktober 1921.

Die Polizeiverwaltung. A. B. Pistor.

Anzeigenteil.

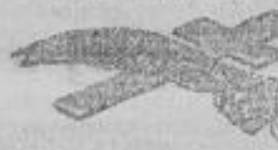
Bekanntmachung.

Nach Beschluß der Gemeindevorstellung hier selbst vom 4. Oktober 1921 soll ein Teil des im Distrikt Sonnenbergerteile zwischen der 2. und 5. Gemarkung beim. Den Parzellen Nr. 20 und 21 (Kartenblatt 11) belegenen Feldweges eingezogen werden.

Dies Vorhaben wird gemäß der Vorchrift im § 57 des Landbesitzgesetzes vom 1. August 1883 mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Einwendungen gegen die Einziehung des Feldweges innerhalb einer mit dem 20. Oktober 1921 beginnenden Frist von vier Wochen bei dem Gemeindevorstand hier selbst anzubringen oder zu Protokoll zu erklären sind.

Bierstadt, den 12. Oktober 1921.

Der Bürgermeister. Hofmann.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere unvergessliche, gute Tochter, innigste, liebste Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

Barbara Reik

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, vorbereitet durch den Empfang der heiligen Sakramente im 21. Lebensjahre in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefstem Schmerz die trauernden Hinterbliebenen:

In deren Namen

Familie Joh. Reik.

Hochheim, den 15. Oktober 1921.

Die Beerdigung findet Samstag, den 15. Oktober mitt. 12 Uhr vom Sterbehause, Dalkenhelmstr. 36 aus statt. Erstes Seelenamt am gleichen Tage morgens 7 1/2 Uhr.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner Frau, sowie für die zahlreichen Kranzspenden meinen aufrichtigen Dank. Besonderen Dank den barmherzigen Schwestern für ihre aufopfernde, liebevolle Pflege; Dank dem Herrn Pfarrer Gerwin für seine trostreiche Grabrede.

Der trauernde Gatte:

Peter Lesevre.

Hochheim, 14. Oktober 1921.

Trotz d. enormen Preisausschlage

verkaufe ich noch, solange meine Vorräte reichen, zu staunend billigen Preisen:

Feinste Tafelmargarine „Merkur“ Pfd. 12.95,
Prima Salolöl per Schoppen 9.75 M.,
Bensdorf-Kakao 1/2 Pfund 3.75 M.,
Prima Holländer Käse 1/2 Pfund 3.50 M.,
Bohnenkaffee, rein geschmeckt, 1/2 Pfund 5.50 M.,
Suppenreis Pfd. 3.50 M., Vollreis Pfd. 5 M.,
Flammkeise 1/2 Pfund-Doppelpfund 3 M.

Fritz Wolff, Hochheim a. M.,

Weißerstraße 14.

Hummel,

2 lange zu verkaufen.
Näh. Millat-Exped. d. Hochh. Stadtsäng., Hochh.

Reima

Raupenleim

und Unterlagpapier für Kleb.inge a. Postkästen empfohlen

Karl Treber, Gärtner, Hochheim a. Main.

1/2-Stückfässer

auch kleinere für Wein und Apfelwein, sowie 225 l. Fässer neu, billig abzugeben.

J. Hoff, Räferei, Hochheim a. M.

Wir eröffnen am Donnerstag, den 20. Oktober, 7 1/2 Uhr abends in der Schule in dem bestbewachten Sinographen-Schulsaal „Gabelsberger“ einen

Anfängerkursus

für Damen und Herrn.

Honorar beträgt M. 20.

Anmeldungen sind an den Unterzeichneten zu richten

Sinographen-Verein „Gabelsberger“

J. W. Peter Jos. Hartmann.

!! Für Raucher !!

Empfehle zur kälteren Jahreszeit:

Schle. Brennerholz-Röhren, grad und gebogen, mit echten Horn- und Aufschliffen, ferner Tabak, Zigaretten, Zigaretten, sowie alle sonst. Rauchwaren in großer Auswahl, trotz der allg. meinen Preiserhöhungen zu enorm billigen Preisen.

Spezialhaus J. Siegfried, Hochheim,

Rathstraße 24.

2400 Kg. Lederstüd-Sohlen

aus einer Herrschaftsstadt 50% unter Tagespreis lieferbar. Größe 6 mm, Aufschnitt Herrschafts prima Ware. Porzellan-Maschinen für Leder-Handlungen, Schuhmacher, Private von

5 Paar M. 29.50, 10 Paar M. 54.-
Originalhälften 100 St. M. 500.—

Vorauszahlung nicht erwünscht, da zu diesem Preis nur bei sofortiger Lieferungsmöglichkeit. Waisenhäuser, Anstalten werden bevorzugt.

Leder-Industrie Pödnitz, Neustadt 34.



NESTLE'S

KINDERMEHL

enthält beste Alpenmilch